



FDP - Fraktionen | 01.02.2018 - 17:45

Menschen mit Kinderwunsch besser unterstützen



Die bestehenden Förderinstrumente für assistierte Reproduktion werden der Lebensrealität der Menschen nicht gerecht. Die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag wollen diesen Zustand ändern. "[Der von uns vorgelegte Antrag](#) [1] ist ein erster und pragmatischer Schritt, um Menschen mit Kinderwunsch besser zu unterstützen, unabhängig vom Wohnort und vom Familienstand", sagte FDP-Fraktionsvize Katja Suding in ihrem Redebeitrag zur Debatte.

"Kinder zu haben, ist für viele Menschen in Deutschland das Wichtigste und Schönste im Leben", betonte Suding. Aber längst nicht alle könnten ihren Kinderwunsch ohne medizinische Unterstützung verwirklichen. Mehr als sechs Millionen Menschen in Deutschland seien ungewollt kinderlos, Tendenz steigend. "Längere Ausbildung und häufige Jobwechsel führen dazu, dass sich Menschen immer später dafür entscheiden, Kinder zu bekommen. Viele so spät, dass sie Hilfe benötigen", erklärte sie. Die Unterstützung für Maßnahmen der künstlichen Befruchtung reduzierten SPD und Grüne aber im Jahr 2004 stark. "Was vorher als Regelleistung zu 100 Prozent von der GKV übernommen wurde, wird seitdem nur noch zur Hälfte von der Kasse bezahlt, aber nur für die ersten drei Versuche, nur bei Ehepaaren und nur für Frauen zwischen 25 und 40 Jahren", erläuterte Suding.

Ungleichbehandlung von Menschen mit Kinderwunsch ist falsch

Mit einer Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die finanzielle Förderung der assistierten Reproduktion wieder erleichtert, auch unverheiratete Paare bekommen seitdem Hilfe. "Unser Ansatz war, dass Bund und

Länder gemeinsam ein Viertel der Gesamtkosten tragen, unter der Voraussetzung, dass sich die Länder paritätisch beteiligen", so Suding. "Wir Freie Demokraten geben offen zu, wir waren da zu optimistisch." Denn: Lediglich fünf ostdeutsche Bundesländer und das Land Niedersachsen erließen entsprechende Richtlinien. "Die Verwirklichung eines Kinderwunsches ist dadurch in hohem Maße abhängig vom Wohnort derjenigen, die ein Kind bekommen möchten", verdeutlichte die FDP-Fraktionsvize. "Diese Ungleichbehandlung halten wir für absolut falsch."

Die Freien Demokraten setzten sich seit Jahren für eine Verbesserung der Finanzierung der Kinderwunschbehandlung ein, so Suding: "In Hamburg beispielsweise gab es entsprechende Initiativen meiner damaligen Fraktion 2013 und 2016. Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Nordrhein-Westfalen ist die Co-Finanzierung des Bundesprogramms durch das Land Teil des Koalitionsvertrags mit unseren Partnern." Bundesweit einheitliche Regelungen seien dennoch in weiter Ferne. "Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf", unterstrich sie.

Chancen der Reproduktionsmedizin nutzen

Die Kooperation mit den Ländern sei aber nur ein Aspekt des Problems. "Unverheiratete Paare erhalten keine Förderung durch die Krankenkasse, aber unter Umständen unter der BMFSFJ-Richtlinie. Alleinstehende gehen komplett leer aus, und das, obwohl inzwischen jedes dritte Kind in Deutschland außerhalb einer Ehe geboren wird", kritisierte die FDP-Fraktionsvize. Auch lesbische Paare und Menschen, die sich zu früh oder zu spät in ihrem Leben für eine Wunschkindbehandlung entschieden, erhielten keine Unterstützung. Besonders problematisch sei das schlagartige Ende der Förderung bei Frauen ab dem 40. Lebensjahr. "Und zum Stichwort Social Freezing: Die künstliche Befruchtung mit eingefrorenen Ei- und Samenzellen wird weder von GKV noch von BMFSFJ-Richtlinie gefördert", führte sie aus. Hier wollen die Freien Demokraten ansetzen.

Darüber hinaus brauche es in Deutschland eine weitergehende Diskussion über die [Unterstützung von Maßnahmen zur assistierten Reproduktion](#) [2], fordert Suding. "Aus unserer Sicht sollten die Eizellspende und die nichtkommerzielle Leihmutterschaft unter bestimmten Bedingungen legalisiert werden. Wir arbeiten an weiteren entsprechenden Initiativen." (ch)

Die individuelle Familienplanung darf nicht vom Wohnort, dem Familienstand oder der sexuellen Orientierung abhängen. Mit unserem Antrag wollen wir die [#LSBTI](#) [3]-Rechte stärken. [#queer](#) [4] [#LGBTI](#) [5] <https://t.co/kirRrToYgD> [6]

— Jens Brandenburg (@JBrandenburgFDP) [1. Februar 2018](#) [7]

Quell-URL: <https://www.liberal.de/content/menschen-mit-kinderwunsch-besser-unterstuetzen>

Links

[1] <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/005/1900585.pdf> [2] <https://www.fdp.de/wp-modul/btw17-wp-a-121> [3] https://twitter.com/hashtag/LSBTI?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [4] https://twitter.com/hashtag/queer?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [5] https://twitter.com/hashtag/LGBTI?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [6] <https://t.co/kirRrToYgD> [7] https://twitter.com/JBrandenburgFDP/status/959056307096637440?ref_src=twsrc%5Etfw